

Auf den Weg gebracht

Geduld scheint wichtig zu sein in der Politik. In Sachen Carsharing geht es der GLLK etwas zu langsam, aber wir freuen uns dennoch ungemein, dass eine weitere GLLK-Idee zur Umsetzung gekommen ist.

2014 beantragten wir:

„Die Grüne Linke Liste Kaufungen beantragt in Zusammenarbeit mit Statt-Auto Kassel in Kaufungen je nach Bedarf und Akzeptanz ein oder mehrere Carsharing-Autos anzubieten.“

Zwar stimmte der Ausschuss Bauen Planen Umwelt und Energie dem Antrag zu, aber in der Gemeindevertretung wurde der Antrag durch Initiative der SPD etwas weicher gespült.

„Es wird beantragt, in Kaufungen, je nach Bedarf und Akzeptanz, ein oder mehrere Carsharing-Autos anzubieten. Dazu soll eine Evaluation von Anbietern durchgeführt werden, um das für Kaufunger Verhältnisse optimalste Unternehmen zu bestimmen.“ Schon 2014 ging die GLLK davon aus, dass es sich

hierbei um Statt-Auto handeln wird. Und was die SPD dazu trieb, die Verwaltung mit einer Evaluation zu beauftragen, ist uns ein Rätsel.

So macht man das eben nicht, wenn man voran will. Mittlerweile hat sich ja der sehr aktive Verein Spurwechsel dem Thema angenommen. Und die Gemeindevertretung hat auch entschieden, den Verein zu unterstützen. In der Begründung zur Beschlussvorlage hieß es:

„Parallel zu diesem auf bürgerschaftlichem Engagement beruhenden Car-Sharing-System hat in diesem Jahr die Firma Stattauto Carsharing aus Kassel von sich aus Interesse gezeigt, ein Fahrzeug in Kaufungen zu stationieren.“

Statt-Auto? Wer war das nochmal? Hatte nicht die GLLK 6 Jahre zuvor schon genau das gleiche gesagt?

Wir sind restlos begeistert. 6 Jahre für eine Idee. Wie auch immer: Wir wünschen dem Verein Spurwechsel alles Gute und haben der Förderung des Vereins auch zugestimmt. Für die Parkplätze konnte die GLLK schon 2014 sorgen, die sind vorhanden!

Nun ist es an den Bürger*innen die neuen Angebote wahrzunehmen.



Weichenstellung Kommunalwahl

Wie oft haben wir das schon erlebt! Warum? Warum, dauert es immer wieder so lange, bis sich Einsicht und Vernunft durchsetzen? Was ist so schwer daran zu begreifen, dass wir mit mehr Straßen mehr Verkehr erzeugen?

Was ist so schwer daran zu verstehen, dass wir mit mehr Verkehr mehr Schadstoffe in die Luft jagen und dass es genau diese Schadstoffe sind, die uns die Lebensgrundlagen nehmen?

Die Planungsunterlagen sind mittlerweile veröffentlicht. Entgegen unserer Befürchtungen findet die öffentliche Auslage der Unterlagen nicht vor der Kommunalwahl statt. Stattdessen liegen die Unterlagen zwischen Ostern und den Sommerferien für einen Monat aus. In dieser Zeit können die Bürger*innen Kaufungen ein-

wände formulieren. Wir werden darüber auf unserer Homepage informieren.

Schon länger haben wir eine Einhausung als Kompromiss vorgeschlagen. Daraus ergeben sich folgende Vorteile:

- Erhalt des Brunnen Kohlenstraße und keine Unsicherheit, ob dieser nach Beendigung des Baus wieder aktiviert werden könnte
- Verminderter Lärmschutz
- Verminderte Schadstoffbelastung im Lossetal
- Große Freifläche für eine Solaranlage
- Deutlich weniger Abholzen von Wald
- Deutlich geringere Vernichtung von Acker- und Grünflächen

Die Vorteile ändern jedoch nichts an dem Umstand, dass eine Einhausung die A44 beenden würde und damit mehr Verkehr erzeugt wird. Dieser Kritik stellen wir uns. Es erscheint uns in der Debatte um die A44 jedoch sinnvoll, eine Lösung anbieten zu kön-

nen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die schwarz-grüne Landesregierung oder das Regierungspräsidium das LKW-Durchfahrtsverbot auf der B7 aufhebt, um auf diese Art und Weise maximalen Druck auf die Kaufunger Bevölkerung auszuüben, ist uns bewusst. Hier ist es unser Anliegen, mit einer akzeptablen Antwort reagieren zu können.



Ganz deutlich sprechen wir uns gegen Vorschläge aus, die Autobahn nicht durch das Lossetal, sondern durch das Söhretal zu führen. Die GLLK wird die Kaufunger Interessen nicht auf dem Rücken der Nachbargemeinden durchsetzen.

Du findest uns
im Internet unter
www.gllk.de



Die Kandidat*innen

Siebzehn Personen finden sich in diesem Jahr auf der Liste der GLLK. Im diesem Infobrief stellen wir die Kandidat*innen auf den Plätzen 6-9 vor.

PLATZ 6



Klaus Will

Ich bin seit 32 Jahren Kaufunger Bürger. Es ist auch der Initiative der GLLK zu verdanken, dass die Gemeinde Kaufungen nun ein eigenes Gemeindewerk hat und nicht bei der EAM gelandet ist. Ich bin ehrenamtlich im Aufsichtsrat der 2012 gegründeten Energiegenossenschaft Kaufunger Wald. Beides zusammen sind wichtige Bausteine hin zu einer CO₂-neutralen Gemeinde.

PLATZ 7

Karla Köberich



Ich lebe seit meiner Geburt

in Kaufungen und das bedeutet für mich, diesen Ort mitzugestalten. Da es mir wichtig ist, dass weit in die Zukunft gedacht wird, dass es eine Offenheit für Visionen gibt und eine gerechte und ökologische Politik, bin ich fast logischerweise bei der GLLK gelandet.

PLATZ 8



Elisabeth Bonn

Ich bin 50 Jahre alt und lebe seit 6 Jahren in Kaufungen. Bei der GLLK gehört die Förderung lokaler, nachhaltiger Infrastruktur genauso zum Programm wie eine klare Haltung zu Themen wie Migration und Klimawandel.

Beides ist wichtig, damit wir gemeinsam gut in Kaufungen leben.

Solidarisch sein bedeutet mehr als Masken tragen.

PLATZ 9



Nora Kasper

Ich bin 37 Jahre alt und wohne mit Unterbrechung seit 25 Jahren in Kaufungen. Ich lebe sehr gerne hier und profitiere vor allem von dem landschaftlich schönen Umland, welches auch für meine Kinder einen großen Wert darstellt. Dieses auch für nachfolgende Generationen zu erhalten, finde ich wichtig, weshalb ich jeden rechtlich möglichen Protest gegen den Weiterbau der A44 unterstütze.

Viele Menschen finden den Lockdown auf Dauer schwer zu ertragen. Keine Kneipen und Restaurants, kein Kino oder Theater. Keine Reisen, kein Shopping und zu viel Zeit eingengt Zuhause.

Bitte merken Sie sich dieses Gefühl!

Genau das alles muten wir dauerhaft allen in Hartz IV zu und nennen es Grundsicherung.



Hier den ganzen Artikel von Claus Leggewie ansehen!

Da ging er mal wieder an uns vorüber, der Kelch. Obgleich die AFD bei anderen Wahlen in Kaufungen irgendwo um die 10% herumschlingert, kandidiert die selbsternannte Alternative für Deutschland nicht in Kaufungen.

Wenige Tage nachdem in Washington versucht wurde das Kapitol zu stürmen, schrieb Claus Leggewie in der Frankfurter Rundschau einen Artikel mit dem Titel: „Kein Tag, um ihn zu vergessen“ und er zieht darin eine Parallele zu unseren Verhältnissen, denn solange ist es ja nicht her, dass der Mob auf den Treppen des Reichstags stand. Einen Teil des längeren Artikel drucken wir hier, auch angesichts der aktuellen Entwicklungen z.B. in Helsa, ab. Den gesamten Text haben wir oben über den QR-Code verlinkt.

„Demokratien leiden weltweit unter dem gestörten Vertrauensverhältnis zwischen Regierenden und Regierten, das legitimiert aber nicht die Wucht ein Volkswut, die sich in Plebisziten, Aufmärschen und Besetzungen Luft machen will. Wer in der AFD immer noch aufrecht besorgte Bürgerinnen und Bürger, gar Widerständler oder Freiheitskämpfer identifizieren mag, dem ist nicht zu helfen; wer unter diesem Label immer noch „aus Protest“ AFD wählt, noch weniger. Auch der Rausschmiss einiger besonders Heimmattreuer und Judenverächter macht diese

... aus Protest

Partei nicht zur Heimat für enttäuschte Konservative.

Auch die Biedermann-Gesichter der AFD fügen sich zur Physiognomie von Brandstiftern. Die Übergänge vom ordentlichen Parlamentarier zum Parlamentsrabauken, vom Impfverweigerer zu einem bis an die Zähne bewaffneten Reichsbürger, vom „Israelkritiker“ zum Judenmörder sind fließend, und die Lektion des Washingtoner Katastrophentages lautet, politischen Unternehmern, die mit der Angst spekulieren, keinerlei Kredit mehr zu gewähren.

Noch ein weiteres Missverständnis sollte man aufgeben. Das bei uns beliebte Extremismusbild entwirft das Bild, dass der Generalangriff der Rechten seine kongeniale Entsprechung in einem linksradikalen Aufstand habe. Als sei die rechte Fundamentalopposi-

tion nur eine mechanische Reaktion auf Repräsentationslücken der liberalen Demokratie und die Vernachlässigung von abgehängten Regionen und Menschen.

Diese Mängel sind vorhanden, und Reformen in Richtung einer Demokratisierung der Demokratie werden seit langem propagiert, ausprobiert und institutionalisiert. Doch Elitenversäumnisse legitimieren niemals den Aufstand des Mobs. Nichts wäre schlimmer, als Rechtsstaatlichkeitsverfahren in Europa zurückzustellen, um die Rechte zu besänftigen. Die Nachgiebigkeit gegenüber dem Zerstörungswerk [rechter politischer Kräfte in Europa führt] nicht zu deren Mäßigung, sondern zu deren Anmaßung ...

Der Inzidenzwert der Berliner Republik ist leicht auszumachen: AFD unter fünf Prozent.“

